



# Ein europäischer Finanzminister mit eigenem Budget?

Die Reform des Euroraums und  
die öffentliche Meinung in Europa



# Ein europäischer Finanzminister mit eigenem Budget?

Die Reform des Euroraums und  
die öffentliche Meinung in Europa

---

Catherine E. de Vries & Isabell Hoffmann

eupinions | what do you think?

#2016/4

**Catherine E. de Vries**

Professorin für Europapolitik  
Universität Oxford  
[catherine.devries@politics.ox.ac.uk](mailto:catherine.devries@politics.ox.ac.uk)

**Isabell Hoffmann**

Projektleiterin eupinions  
Bertelsmann Stiftung  
[isabell.hoffmann@bertelsmann-stiftung.de](mailto:isabell.hoffmann@bertelsmann-stiftung.de)

[www.eupinions.eu](http://www.eupinions.eu)

**Projektbeschreibung**

Die Krise des Euroraums hat die Debatte um eine Weiterentwicklung der Europäischen Union (EU) wieder belebt. Wie kann eine Union von 28 Staaten mit einer Bevölkerung von 500 Millionen Menschen reformiert werden, damit sie Wirtschaftskrisen vermeidet und politische Herausforderungen meistert? Eine Antwort auf diese Fragen zu finden, ist extrem kompliziert, nicht nur weil vorhandene Reformvorschläge so stark variieren, sondern weil wir auch sehr wenig darüber wissen, welche Reformen die Bürger sich wünschen. Auch wenn sich die Wissenschaft schon seit vielen Jahren für das Entstehen der EU und ihre politischen Entscheidungsprozesse interessiert, wissen wir doch sehr wenig über die Präferenzen von Bürgern in Bezug auf EU Reformen. Das wollen wir mit eupinions ändern. Für eupinions befragen wir mehrfach im Jahr die europäische Öffentlichkeit repräsentativ nach ihrer Haltung zur europäischen Politik und ihren Erwartungen für die Zukunft.

# In Kürze

---

**D**ie deutliche Mehrheit der Europäer sieht für den Euroraum, aber auch für ihr eigenes Land einen Bedarf an politischen und ökonomischen Reformen. Für den Euroraum sind sie einer klaren Aufgaben- und Mittelverteilungen gegenüber positiv eingestellt. Sowohl einen gemeinsamen Finanzminister für die Eurozone, als auch ein Eurozonen-Budget hielte eine Mehrheit der Europäer für nützlich. Bei der Frage nach den wünschenswerten Kompetenzen eines Finanzministers oder den Einsatzmöglichkeiten eines gemeinsamen Budgets gehen die Präferenzen auseinander. Dabei greifen die Befragten bei der Beurteilung dieser Fragen auf ein steigendes Wissensniveau bezüglich des Euroraums zurück. Auch wenn die Mehrheit der Europäer deutlichen Reformen in der Eurozone positiv gegenübersteht, glaubt sie nicht wirklich an die Reformfähigkeit der Eurozone. Eine Mehrzahl denkt, dass der Euroraum in zehn Jahren immer noch in der Krise feststecken wird. Das zeigt die aktuelle eupinions-Studie der Bertelsmann Stiftung. Für eupinions erheben wir regelmäßig die Meinungen europäischer Bürger zu aktuellen politischen Debatten. Für die vorliegende Ausgabe wurden sie zu ihrer Haltung gegenüber der Reform des Euroraums befragt.

Dabei zeichnet sich folgendes Meinungsbild ab:

- 75 Prozent aller Europäer in der EU, und 76 Prozent aller Europäer im Euroraum sehen für den Euroraum Reformbedarf. 43 Prozent bzw. 46 Prozent glauben, dass dieser Reformbedarf dringlich ist. Während 32 Prozent respektive 30 Prozent glauben, Reformen seien nützlich, aber nicht drängend.
- 77 Prozent aller Europäer in der EU und 78 Prozent aller Europäer im Euroraum sehen für ihr eigenes Land einen Reformbedarf. Dabei denken 45 Prozent respektive 47 Prozent, dieser Reformbedarf sei dringend. Während 32 Prozent bzw. 31 Prozent meinen, Reformen würden helfen, seien aber nicht entscheidend.
- Das Wissen der Europäer über die EU und über den Euroraum ist umfangreich. Das gilt besonders für die Bürger des Euroraums. Dort messen wir bei 76 Prozent aller Befragten ein hohes Wissen über die Europäische Union und bei 68 Prozent ein hohes Wissen über die Eurozone. Diese Zahlen spiegeln sich auch in den steigenden Wiedererkennungsraten europäischer Spitzopolitiker wieder und im hohen Grad der Vertrautheit mit Fachtermini aus dem Bereich der Eurozonen-Politik.
- 56 Prozent aller Europäer in der EU und 57 Prozent aller Europäer in der Eurozone glauben, dass es nützlich wäre, einen europäischen Finanzminister zu haben. 41 Prozent respektive 42 Prozent meinen, er solle die Aufsicht über das Ausgabenverhalten seiner nationalen Kollegen haben. 40 Prozent respektive 37 Prozent meinen, er solle das Budget der Eurozone verwalten. Und 35 Prozent respektive 39 Prozent meinen, er solle befugt sein, Schuldenerleichterungen zu gewähren.

- 55 Prozent aller Europäer in der EU und 58 Prozent aller Europäer im Euroraum meinen, es wäre nützlich ein gemeinsames Budget für den Euroraum zu haben. 44 Prozent sowohl in der gesamten EU, als auch im Euroraum denken, dieses Geld solle vorrangig zur Belebung der Konjunktur genutzt werden. 33 Prozent bzw. 36 Prozent sind dafür, dass damit Europäer unterstützt werden sollten, die ihren Job verloren haben. Jeweils 29 Prozent sprechen sich dafür aus, dass Staaten bei Reformen unterstützt werden sollten.
- 42 Prozent aller Europäer in der EU und 45 Prozent aller Europäer im Euroraum denken, dass die Eurozone in zehn Jahren immer noch in der Krise stecken wird. Nur 21 bzw. 22 Prozent denken, dass der Euro eine starke und stabile Währung sein wird und 16 Prozent bzw. 15 Prozent denken sogar, dass in zehn Jahren alle Länder wieder eigene Währungen haben werden.
- Es gibt einen direkten Zusammenhang zwischen der Entwicklung der persönlichen wirtschaftlichen Situation der Europäer, ihrer Einschätzung, was die unmittelbare Zukunft für sie persönlich bereithält und ihrer allgemeinen Haltung der europäischen Integration gegenüber. Dieser lässt sich auf die Formel bringen: Waren die letzten beiden Jahre schlecht und erwartet man für die nächsten beiden Jahre wenig, dann geht die Bereitschaft zu weiterer politischer und ökonomischer Integration zurück.

## Im Fokus

# Die Reform des Euroraums

---

**S**eit 2010 ringen die Europäische Union im Allgemeinen und die Staaten des Euroraums im Besonderen um dessen Reform. In der öffentlichen Wahrnehmung nimmt der Streit über den richtigen Weg zu einer stabilen und funktionierenden Wirtschafts- und Währungsunion nicht mehr den Raum ein, den er über weite Teile der vergangenen sechs Jahre eingenommen hat.

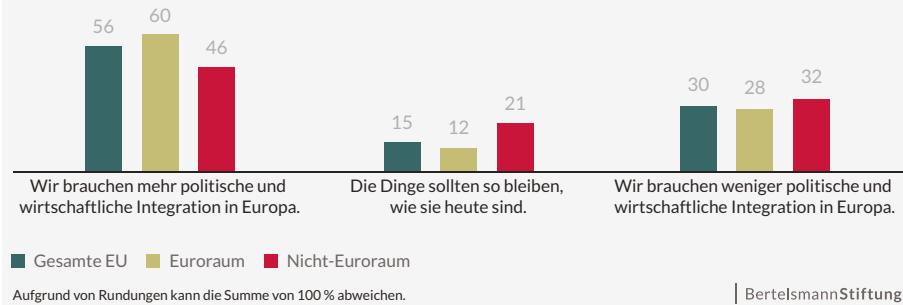
Nichtsdestoweniger sind viele Reformprojekte noch weit davon entfernt, abgeschlossen werden zu können. Von den im Fünf-Präsidenten-Bericht aufgelisteten Schwerpunkten sind nur im Bereich Bankenunion erhebliche Fortschritte erzielt worden. In den Bereichen Fiskalunion, demokratische Union oder bei der Reform des Binnenmarktes dagegen stockt die Entwicklung. Viele Akteure sind unentschlossen, was sie mehr fürchten sollen: Eine weitere Zuspitzung der Krise mit all dem Drama und politischen Flurschaden, der im Sommer 2015 im Verlauf der Verhandlungen über das dritte Hilfspaket für Griechenland entstanden ist? Oder die Ruhe nach dem Sturm, die vordergründig Stabilität suggeriert und doch nur die Konzentration erschlaffen lässt, die es braucht, um tatsächlich die robusten Strukturen zu schaffen, die die Eurozone braucht?

Auch wenn es zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion vor allem die Entschlossenheit der politischen Eliten braucht, so ist es doch relevant zu erfahren, vor welchem öffentlichen Meinungsbild sie operieren. (Gerade vor dem Hintergrund einer starken Politisierung europapolitischer Themen und des Aufkommens nationalistischer Stimmen und populistischer Parteien entsteht leicht der Verdacht einer allgemeinen Integrationsfatigue, deren Dynamik eher auf Rückzug und Abschottung hinarbeitet, denn auf Ausbau und Vertiefung.) Für eupinions 2016/04 haben wir die europäischen Bürger zu ihrer Haltung zur Politik des Euroraums und seiner Fortentwicklung befragt. eupinions erhebt mehrfach im Jahr repräsentativ die Meinung europäischer Bürger zu aktuellen politischen Themen. Für die aktuelle Ausgabe haben wir EU-weit 10.992 europäische Bürger befragt. Die Befragung fand im April 2016 statt und wurde von Dalia Research durchgeführt. (Weitere Informationen zur Methode im Anschluss an diese Studie)

Dabei haben wir zunächst die Einstellungen zu Reformbedarf allgemein und zur möglichen Reformrichtung etabliert. Außerdem haben wir uns ein Bild des Wissensstandes gemacht, auf dem diese Einstellungen basieren. Anschließend haben wir die Meinungen zu konkreten Reformvorschlägen abgefragt, die zurzeit im Zusammenhang mit dem Aufbau einer Fiskalunion debattiert werden: Konkret den eines europäischen Finanzministers und den eines Budgets für die Eurozone. Beide haben den Vorteil, dass sie zum festen Bestand nationaler Fiskalpolitik gehören, vielen Bürgern ein Begriff und deshalb verständlich sind, auch wenn sie kein besonderes Interesse an Wirtschafts- und Finanzpolitik haben. Im

**GRAFIK 1 Einstellung zur politischen und wirtschaftlichen Integration Europas**

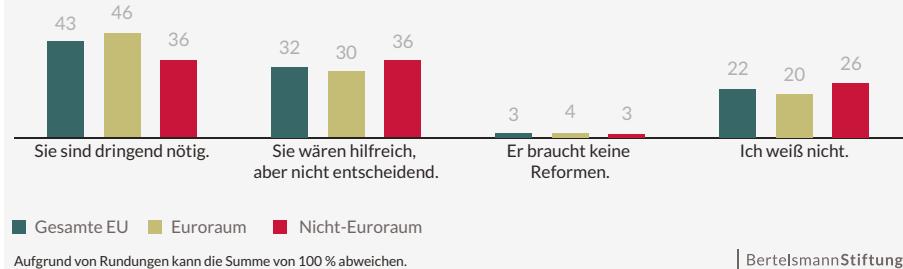
Welche der folgenden Aussagen beschreibt Ihre Einstellung zur europäischen Integration am besten?



| BertelsmannStiftung

**GRAFIK 2 Sind wirtschaftliche Reformen im Euroraum nötig?**

Sind Reformen notwendig, damit der Euroraum politisch und wirtschaftlich stabil bleibt? Falls ja, in welchem Umfang?



| BertelsmannStiftung

Anschluss haben wir die Erwartungshaltung ermittelt, mit der Bürger auf die Zukunft der Eurozone blicken.

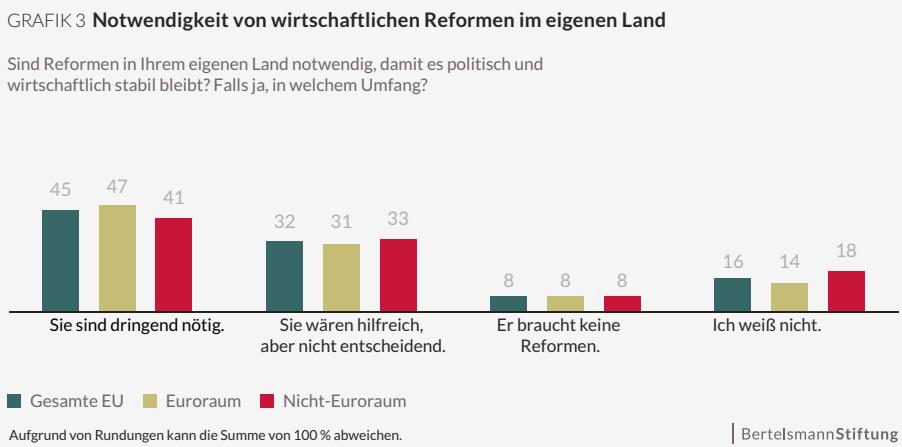
Eine der Einstellungen, die wir bei jeder eupinions Erhebung messen, ist die gegenüber der europäischen Integration insgesamt. Die Frage lautet: Welche der folgenden Aussagen trifft Ihre allgemeine Haltung der europäischen Integration gegenüber am besten? a) Wir brauchen mehr politische und ökonomische Integration, b) Alles sollte so bleiben, wie es heute ist, oder c) Wir brauchen weniger politische und ökonomische Integration. Dabei konnten wir bisher ermitteln, dass eine stabile Mehrheit der europäischen Bürger grundsätzlich eine integrationsfreundliche Haltung vertritt. Im April 2016 antworteten 56 Prozent aller EU-weit Befragten, dass sie finden, es brauche mehr politische und ökonomische Integration. In der Eurozone schlossen sich sogar 60 Prozent dieser Aussage an. (siehe Grafik 1) Am wenigsten Unterstützung findet Option B, nach der alles so bleiben sollte, wie es heute ist. Weniger Integration wollen 30 Prozent EU-weit beziehungsweise 28 Prozent in der Eurozone.

Verändert sich das Bild, wenn man konkret nach dem Reformbedarf der Eurozone, aber auch dem des eigenen Landes fragt? Nein. Eine große Mehrheit sieht Reformbedarf sowohl für die Eurozone (75 Prozent EU-weit, 76 Prozent in der Eurozone), als auch für das eigene Land (75 Prozent EU-weit, 78 Prozent in der Eurozone). Allein an der Dringlichkeit scheiden sich die Geister.

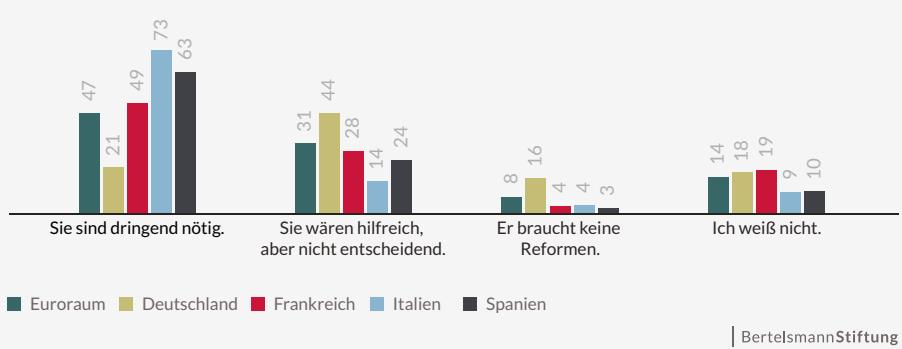
Für die Eurozone sehen 43 Prozent EU-weit und 46 Prozent intra-Eurozone einen dringenden Reformbedarf. 32 Prozent respektive 30 Prozent glauben,

**GRAFIK 3 Notwendigkeit von wirtschaftlichen Reformen im eigenen Land**

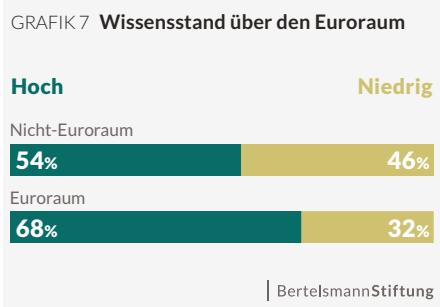
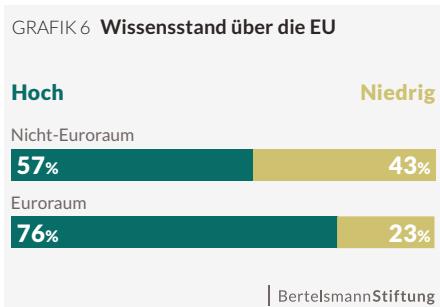
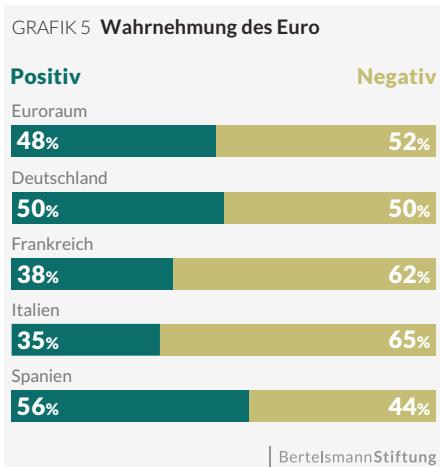
Sind Reformen in Ihrem eigenen Land notwendig, damit es politisch und wirtschaftlich stabil bleibt? Falls ja, in welchem Umfang?

**GRAFIK 4 Notwendigkeit von wirtschaftlichen Reformen im eigenen Land**

Sind Reformen in Ihrem eigenen Land notwendig, damit es politisch und wirtschaftlich stabil bleibt? Falls ja, in welchem Umfang?



Reformen seien hilfreich, aber nicht dringend. Allerdings glauben nur 3 Prozent beziehungsweise 4 Prozent, dass die Eurozone gar keine Reformen benötige. (Grafik 2) Wenn man sich die Antworten im Euro-Ländervergleich anschaut, stellt man fest, dass jene Euro-Länder, die am härtesten durch die Finanz- und Wirtschaftskrisen in Mitleidenschaft gezogen worden sind, den Reformbedarf am höchsten einschätzten. 58 Prozent aller Italiener und 52 Prozent aller Spanier sind der Meinung, dass die Eurozone dringend reformiert werden muss. Dagegen sehen nur 39 Prozent der Deutschen einen dringenden Handlungsbedarf. (Zur Erinnerung: Für eupinions erheben wir repräsentative Zahlen für die gesamte Europäische Union, für die sechs größten Länder und für viele Regionen, beispielsweise Eurozone/Nicht-Eurozone, aber nicht für jeden einzelnen europäischen Mitgliedstaat. Darum sind die hier aufgeführten Euro-Länder Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien.) Das fast identische Bild ergibt sich bei der Frage nach dem Reformbedarf des eigenen Landes. 45 Prozent EU-weit und 47 Prozent in der Eurozone glauben, das eigene Land bedürfe dringend ökonomischer Reformen. Weitere 32 Prozent EU-weit und 31 Prozent in der Eurozone glauben, dass Reformen hilfreich aber nicht alles entscheidend wären (Grafik 3). Im Ländervergleich verstärkt sich der eben gewonnene Eindruck noch. Nur 21 Prozent der Deutschen meinen, ihr Land brauche dringend Reformen, aber immerhin 44 Prozent sagen, sie wären durchaus hilfreich. Gleichzeitig sagen 73 Prozent der Italiener und 63 Prozent der Spanier, Reformen seien dringend notwendig. (Grafik 4).



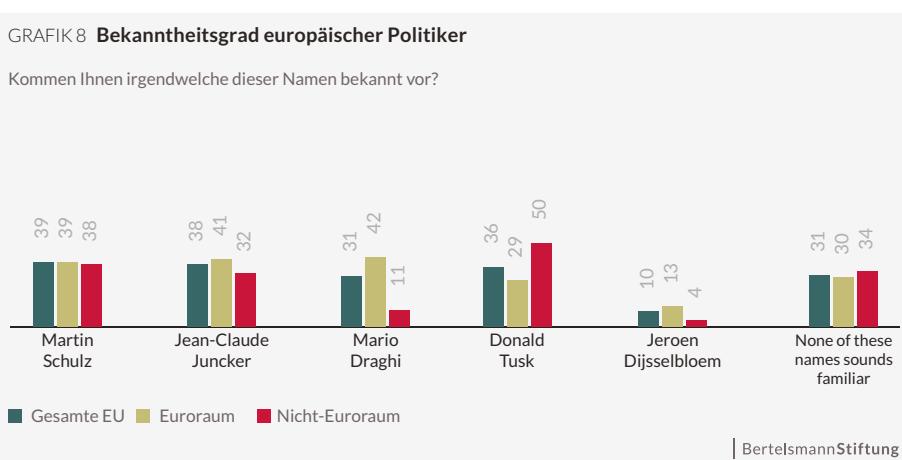
Dabei provoziert die Frage nach dem Euro selbst gemischte Gefühle. Auf die Frage, wie ein Gespräch mit Freunden über den Euro vermutlich laufen würde, positiv oder negativ, geben 48 Prozent in der Eurozone an, es verliefe eher positiv, während 52 Prozent vermuten, dass es eher negativ verliefe. Im Ländervergleich zeigt sich, dass die Italiener (zu 65 Prozent) und die Franzosen (zu 62 Prozent) am negativsten sind (Grafik 5). Eine knappe Mehrheit in der Eurozone, nämlich 51 Prozent, möchte den Euro als Währung behalten und würde bei einem Referendum für den Verbleib im Euroraum stimmen, 42 Prozent sagen, sie würden für einen Austritt stimmen, der Rest würde nicht wählen. Dieser Trend zeigt sich auch im Ländervergleich – mit einer signifikanten Ausnahme: Die Italiener wären bei einem möglichen Referendum gespalten. 45 Prozent würden den Euro gerne behalten. 51 Prozent sagen, sie würden gegen den Euro votieren.

Diese Einschätzungen treffen die Befragten auf der Grundlage eines zunehmenden Wissens in Bezug auf die Europäische Union, den Euroraum und auch in Bezug auf ihre wesentlichen Akteure. Dabei konnten wir einen besonders hohen Wissensstand in der Eurozone messen (Grafik 6/7). 76 Prozent in der Eurozone haben ei-

nen hohen Wissensstand in Bezug auf die Europäische Union im Allgemeinen und 68 Prozent in Bezug auf die Eurozone im Speziellen. Wir ermitteln diesen Wert, indem wir zwei EU-Fachfragen und zwei Euro-Fachfragen stellen und die Ergebnisse miteinander kombinieren. Flankiert werden diese Ergebnisse durch die Wiedererkennungswerte europäischer Spitzenpolitiker und Führungsersönlichkeiten (Grafik 8/9). Sie sind noch nicht so gut wie die der Staats- und Regierungschefs der großen Mitgliedsstaaten, aber sie steigen und liegen für die drei bekanntesten um die 40 Prozent. Das Feld der nationalen Politiker führen Angela Merkel (86 Prozent EU-weit, 91 Prozent Eurozonen-weit), David Cameron (78 Prozent/76 Prozent), François Hollande (69 Prozent/77 Prozent) an. Platz vier hält bemerkenswerterweise Alexis Tsipras (47 Prozent/57 Prozent). Aber schon auf dem Niveau von Italiens Regierungschef Matteo Renzi (31 Prozent/40 Prozent) tummeln sich auch Martin Schulz (39 Prozent/39 Prozent), Jean-Claude Juncker (38 Prozent/41 Prozent) und Mario Draghi (31 Prozent/42 Prozent). Auch die Institutionen und Fachtermini der Eurozone haben erstaunlich

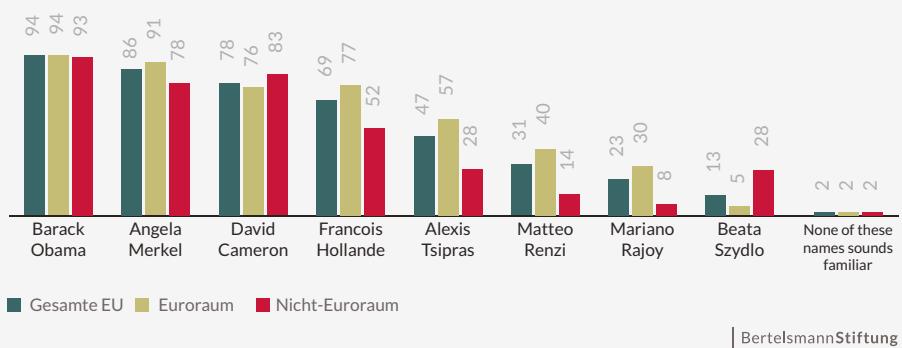
GRAFIK 8 Bekanntheitsgrad europäischer Politiker

Kommen Ihnen irgendwelche dieser Namen bekannt vor?



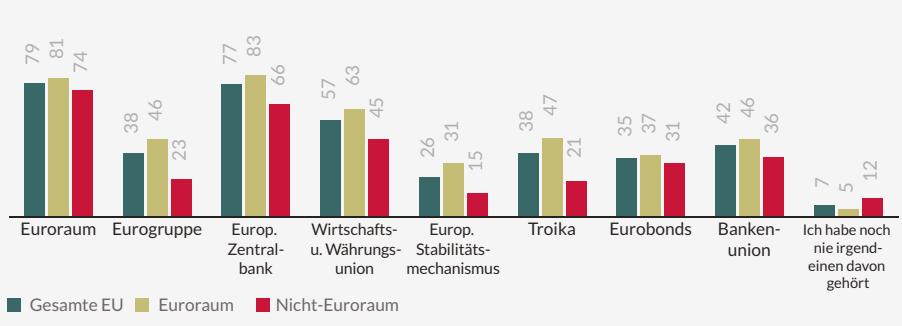
BertelsmannStiftung

GRAFIK 9 Bekanntheitsgrad nationaler Politiker

Kommen Ihnen irgendwelche dieser Namen bekannt vor?  
Zahlen in Prozent.

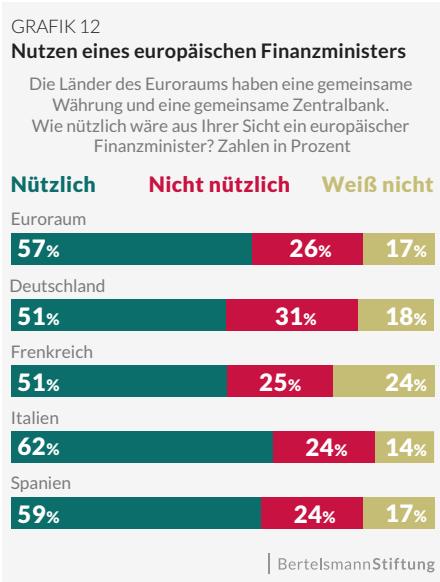
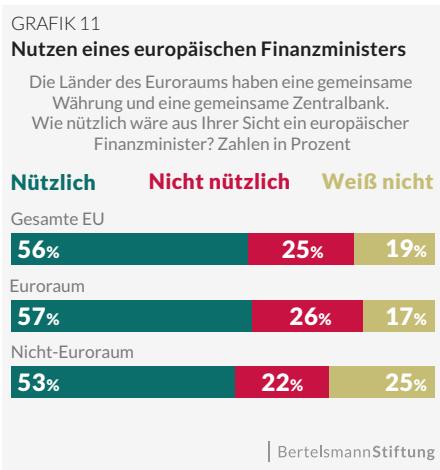
BertelsmannStiftung

GRAFIK 10 Vertrautheit mit europäischen Wirtschaftsfachbegriffen

Kommen Ihnen irgendwelche dieser Begriffe bekannt vor?  
Zahlen in Prozent

BertelsmannStiftung

hohe Wiedererkennungsraten (Grafik 10). Die Europäische Zentralbank, die Eurozone selbst und die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion sind einer großen Mehrheit der Europäer in der EU und einer noch größeren Mehrheit der Europäer in der Eurozone bekannt. Klar über 40 Prozent schaffen es die Eurogruppe, die Troika und die Bankenunion. Eurobonds und ESM liegen zwischen 30 und 40 Prozent.



gleichmäßig auf drei Antworten: a) Er solle die Aufsicht über das Ausgabenverhalten seiner nationalen Kollegen haben, b) Er solle über ein Eurozonen-Budget verfügen können und c) Er solle das Recht haben, im Fall einer schweren Finanzkrise Schulden erlassen zu können. Nur sehr wenige Sympathien können die Befragten für eine Steuerkompetenz des europäischen Finanzministers aufbringen (6 Prozent bzw. 5 Prozent). Dafür liegt die Gruppe derjenigen, die finden, dass ein europäischer Finanzminister keine der genannten Kompetenzen haben sollte, bei 20 Prozent. Das gilt sowohl EU-weit, als auch in der Eurozone selbst. (Grafik 13) Das Bild verändert sich nicht signifikant, wenn man sich die Ergebnisse im Ländervergleich anschaut. Allein bei der Frage nach einer Schuldenschnittkompetenz zeigen sich die Deutschen deutlich weniger einverstanden, als die Spanier und Italiener. (28 Prozent in Deutschland versus 46 Prozent und 44 Prozent in Spanien und Italien) (Grafik 14)

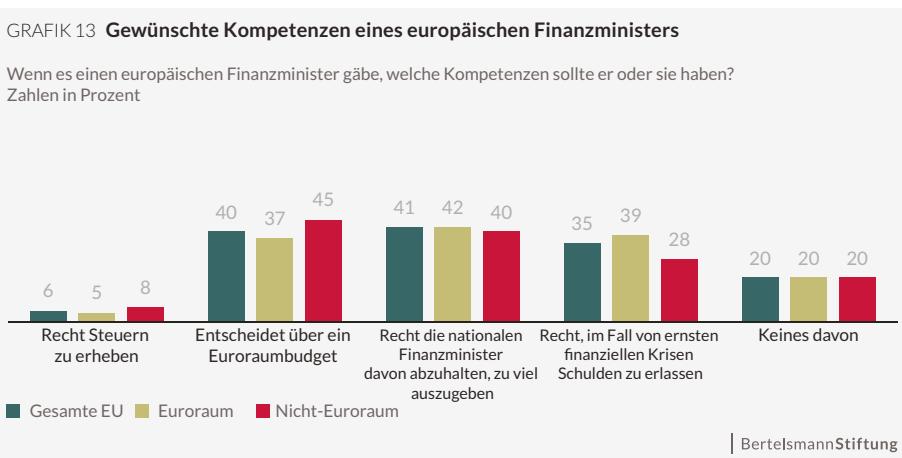
Ein ähnliches Bild zeichnet sich bei der Frage nach einem gemeinsamen Budget ab. Eine Mehrheit von 55 Prozent in der Europäischen Union allgemein und von 58 Prozent in der Eurozone hielte ein gemeinsames Budget für die Eurozone für sinnvoll. Auch dieser Maßnahme steht im Ländervergleich die Bevölkerung der

Wie sieht es aus, wenn wir uns Reformmaßnahmen zuwenden? Am Beispiel des europäischen Finanzministers und eines gemeinsamen Budgets für die Eurozone versuchen wir zu ermitteln, ob sich die Meinungen ändern, wenn man vom abstrakten „Reformbedarf“ zum konkreten „Reformvorschlag“ wechselt. Fragen wir jeweils nach der Einschätzung der Maßnahme selbst (nützlich, nicht nützlich) und im Anschluss nach möglichen Aufgaben beziehungsweise Verwendungsfeldern.

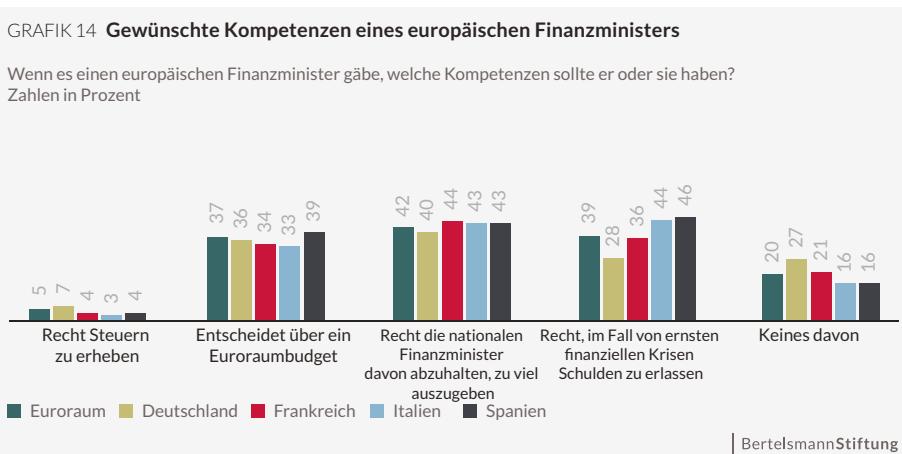
Auf die Frage „Wäre Ihrer Meinung nach ein gemeinsamer europäischer Finanzminister für die Eurozone nützlich oder nicht nützlich?“ antworteten 56 Prozent EU-weit und 57 Prozent in der Eurozone, ein solcher europäischer Finanzminister sei ihrer Meinung nach nützlich für die Eurozone. 25 Prozent respektive 26 Prozent meinten, es sei nicht sehr nützlich und 19 Prozent bzw. 17 Prozent wussten nicht, wie sie antworten sollten. Schaut man sich die Antworten im Ländervergleich an, so pendeln sie sich zwischen 51 Prozent nützlich (Deutschland) und 62 Prozent (Italien) ein. (Grafik 11/12) Bei der Frage, welche Kompetenzen ein europäischer Finanzminister denn haben sollte, verteilt sich das Feld recht

**GRAFIK 13 Gewünschte Kompetenzen eines europäischen Finanzministers**

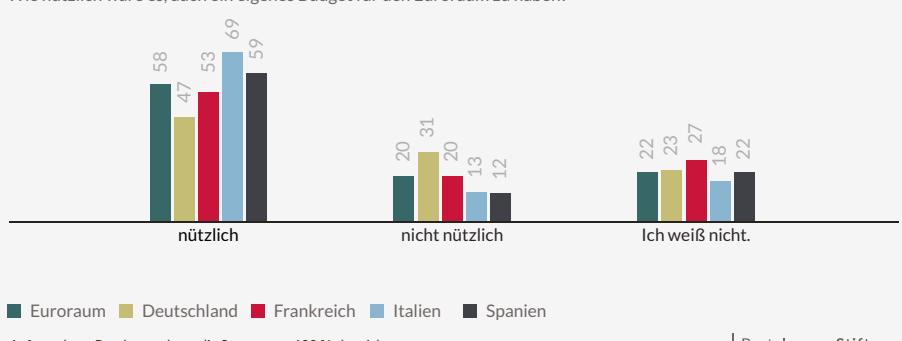
Wenn es einen europäischen Finanzminister gäbe, welche Kompetenzen sollte er oder sie haben?  
Zahlen in Prozent

**GRAFIK 14 Gewünschte Kompetenzen eines europäischen Finanzministers**

Wenn es einen europäischen Finanzminister gäbe, welche Kompetenzen sollte er oder sie haben?  
Zahlen in Prozent

**GRAFIK 15 Wert eines zweckbestimmten Budgets für den Euroraum**

Der Euroraum hat eine gemeinsame Währung und eine gemeinsame Zentralbank.  
Wie nützlich wäre es, auch ein eigenes Budget für den Euroraum zu haben?



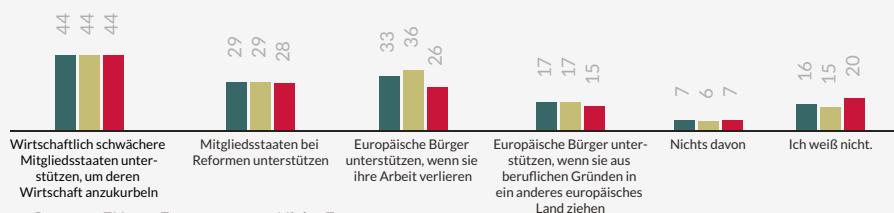
von der Krise heftig ergriffenen Länder offener gegenüber, als die Bevölkerung der Länder, die recht unbeschadet durch die Krise gekommen sind. Namentlich die Deutschen, die zu 47 Prozent (im Gegensatz zu 69 Prozent der Italiener und 59 Prozent der Spanier) ein solches Budget befürworten würden, wohingegen 31 Prozent der Deutschen sich dagegen aussprechen. (Grafik 15)

In Bezug auf die Einsatzmöglichkeiten eines solchen Budgets hatten die Befragten zwischen sechs Optionen zu wählen: Konjunkturunterstützung, Unterstützung

**GRAFIK 16 Mögliche Mittelverwendung für das Euroraum-Budget**

Wenn es ein zweckbestimmtes Budget für den Euroraum gäbe,  
wofür sollte es verwendet werden?

Zahlen in Prozent

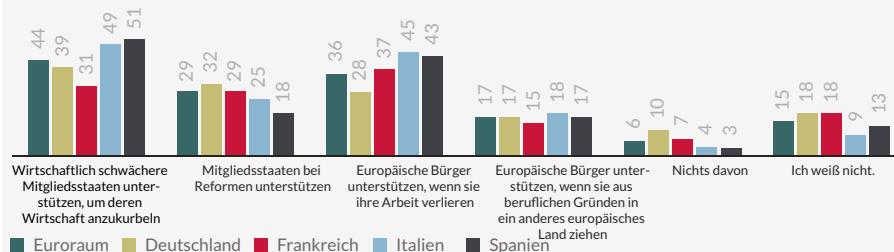


| BertelsmannStiftung

**GRAFIK 17 Mögliche Mittelverwendung für das Euroraum-Budget**

Wenn es ein zweckbestimmtes Budget für den Euroraum gäbe,  
wofür sollte es verwendet werden?

Zahlen in Prozent



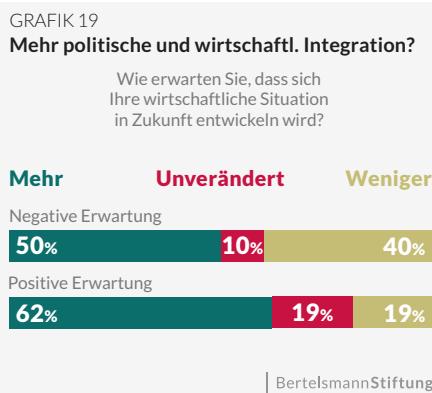
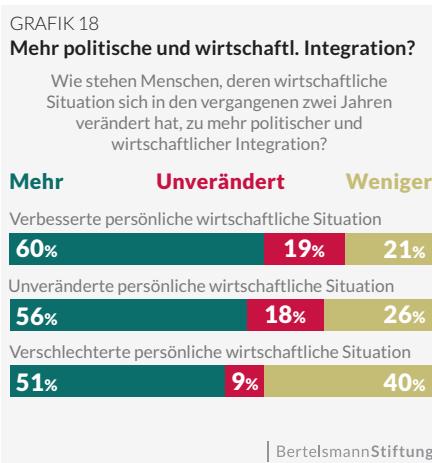
| BertelsmannStiftung

der Mitgliedsstaaten bei Reformen, Arbeitslosenunterstützung und Unterstützung beim Umzug in ein anderes Land. Außerdem: „Keine der Genannten“ und „Ich weiß nicht.“ In der Gesamtbetrachtung vereint die Konjunkturunterstützung mit 44 Prozent am meisten Zustimmung, gefolgt von der Arbeitslosenunterstützung und an dritter Stelle der Reformunterstützung. Beim Ländervergleich ist der Ausreißer nach unten dieses Mal nicht Deutschland, sondern Frankreich. Dort sprechen sich nur 31 Prozent für Konjunkturförderung aus, während sich diese besonders Spanier (51 Prozent) und Italiener (49 Prozent) wünschen. (Grafik 16/17)

Auch wenn diese Zahlen eine relativ große Offenheit gegenüber Reformen im Allgemeinen und im Besonderen erkennen lassen, kann man daraus nicht folgern, dass das Vertrauen in die Reformfähigkeit der Europäischen Union bzw. der Eurozone entsprechend hoch ist. Wenn man die Europäer fragt, wie sie glauben, dass sich die Eurozone in den nächsten Jahren entwickeln wird, antwortet die Mehrzahl, dass sich die Eurozone in zehn Jahren immer noch in der Krise befinden wird (42 Prozent EU-weit, 45 Prozent Eurozonen-weit). Nur 21 Prozent in der EU und 22 Prozent in der Eurozone denken, dass „der Euro bleibt und er eine starke und stabile Währung sein wird.“ Allerdings denken noch weniger Europäer (16 Prozent/15 Prozent), dass in zehn Jahren „alle Länder wieder eigene Währungen haben werden.“

Wie optimistisch man in die persönliche Zukunft blickt, hat auch damit etwas zu tun, wie sich die eigene persönliche wirtschaftliche Situation in den letzten Jahren entwickelt hat und beide Faktoren haben einen Einfluss auf die Einstellung zur europäischen Integration insgesamt. Je besser sich die eigene wirtschaftliche Situation in den letzten beiden Jahren entwickelt hat, umso größer ist die Bereitschaft, weiterer Integration positiv gegenüberzustehen. (Grafik 18). Im Feld derjenigen, deren eigene wirtschaftliche Situation sich in den letzten beiden Jahren verschlechtert hat, findet man immer noch eine Mehrheit, die weitere Integration für richtig hält. Dort finden sich aber auch überproportional viele, die glauben, die EU brauche weniger Integration. Die einzige Option, die in dieser Gruppe sehr wenig Unterstützung erhält, ist die des Status quo. Wenn sich die eigene wirtschaftliche Situation verschlechtert, ist man also prinzipiell Veränderungen gegenüber besonders aufgeschlossen. Gleiches gilt für den Ausblick in die Zukunft. Ist dieser positiv, ist man besonders offen für eine weitere politische und ökonomische Integration in Europa. Die Optionen „Weniger“ und „Status quo“ erhalten auf sehr niedrigem Niveau gleich viel Zuspruch. Ist der Ausblick in die eigene Zukunft allerdings negativ, dann schmelzen der Zuspruch für mehr Integration und der für den Status quo deutlich ab und der für den Rückbau steigt an. (Grafik 19)

In dieser Hinsicht folgerichtig, geben die Europäer mehrheitlich „Geringes Wachstum und hohe Arbeitslosigkeit“ als größte Bedrohung für den Euro an (43 Prozent EU-weit / 48 Prozent Eurozonen-weit). Auf Rang zwei der Bedrohungen des Euros sehen die Europäer eine weitere Finanzkrise (40 Prozent EU-weit, 42 Prozent Eurozonen-weit) und auf Rang drei schafft es „Überhöhte öffentliche Ausgaben und Schulden.“ Im Ländervergleich zeigen sich einige interessante Auffälligkeiten. Die Deutschen fürchten ein Auseinanderbrechen der Eurozone stärker als ihre Nachbarn. Dafür sorgen sich die Franzosen mehr als andere darum, „Hinter den Rest der Welt zurückzufallen.“ Insgesamt aber bedrückt die Aussicht auf schwaches Wirtschaftswachstum und seine Folgen alle, am stärksten aber die Länder, die unter der Krise am meisten leiden. (60 Prozent der Italiener, 56 Prozent der Spanier und 55 Prozent der Franzosen).





# Schlussfolgerungen

---

**R**eformbedarf für die Eurozone sehen die Europäer wohl, aber sie zweifeln an ihrer Reformfähigkeit. Das ist eine der zentralen Erkenntnisse der eupinions 2016/04 und sie fügt sich ein in einige andere Erkenntnisse über die Diskrepanz zwischen dem, was die Europäer europapolitisch für wünschenswert und dem, was sie offenbar für machbar halten. Einerseits messen wir immer wieder stabile Mehrheiten für die Mitgliedschaft in der EU und in der Eurozone und ermitteln einen hohen Wert an Zustimmung für weitere Integrationsschritte, andererseits lassen uns die Befragten auch immer wieder wissen, wie unzufrieden sie mehrheitlich mit der politischen Situation sind, die sich in Europa zurzeit vor ihnen entfaltet. Es ist zwar wichtig anzuerkennen, dass es im Gegensatz zur landläufigen Annahme keineswegs so ist, dass eine Unzufriedenheit mit aktueller Politik automatisch eine grundsätzliche Infragestellung der europäischen Integration nach sich zieht. Trotzdem drängt sich schon die Frage auf, wie lange ein sich im Entstehen befindender politischer Raum mit dieser Ambivalenz existieren kann, bevor er nachhaltig Schaden nimmt. Gerade vor dem Hintergrund einer starken Politisierung europapolitischer Themen und des Aufkommens nationalistischer Stimmen und populistischer Parteien entsteht leicht der Verdacht einer allgemeinen Integrationsfatigue, deren Dynamik eher auf Rückzug und Abschottung hinarbeitet, denn auf Ausbau und Vertiefung. Und auch wenn dieser Verdacht nur bedingt mit den messbaren Fakten übereinstimmt, so hat er doch gewaltigen Einfluss. Denn er entmutigt politische Akteure in ihrem Sprechen und Handeln und das wiederum verstärkt den Eindruck der Handlungsunfähigkeit, der bei einer Mehrheit der Europäer sowieso schon ausgeprägt ist.

Dabei ist der Status quo nicht gerade beliebt bei den Europäern. Je stärker das eigene Land und das eigene Leben von den Krisen der vergangenen Jahre erfasst worden ist, umso größer ist der Drang nach Veränderung. Das lässt sich exemplarisch am Fall Italiens gut beobachten. Die Italiener, Jahrzehntlang in überwältigender Mehrheit überzeugte Europäer, fangen an, äußerst nervös zu reagieren. 37 Prozent sagen, dass sich ihre persönliche wirtschaftliche Situation in den letzten zwei Jahren verschlechtert hat und dass sie nichts Positives für die nahe Zukunft erwarten. Sie empfinden den Reformbedarf ihres Landes und auch der Eurozone als dringlich, sie sagen zu einer sehr großen Mehrheit, dass sie glauben, dass es mehr politische und ökonomische Integration in der Zukunft braucht. Aber ihre Zustimmung zur Mitgliedschaft in der EU ist im Sinken begriffen. Nur 52 Prozent der Italiener gaben zum Zeitpunkt unserer Befragung an, bei einem hypothetischen Referendum noch für die Mitgliedschaft in der EU stimmen zu wollen. Das ist nur auf den ersten Blick widersprüchlich. Auf den zweiten Blick eröffnen sie eine, für die Europäische Union düstere

Perspektive: Dass man an einen Punkt kommen kann, an dem der Glaube an Prinzip und Potenzial eines Unterfangens auch nichts mehr nützt, weil die Überzeugung schwindet, dass das Potenzial auch aktiviert werden kann. Und dann sind Übersprunghandlungen nicht ausgeschlossen.

Die Europäische Union tritt vielleicht gerade in die gefährlichste Phase ihrer Konsolidierung. Die Erschöpfung ist groß, neue politische und ökonomische Schocks treten weiterhin auf, während alte Wunden sich nur langsam schließen. Der Süden Europas schafft es nicht zurück auf den Wachstumspfad, und auch wenn manche Indikatoren sich positiv entwickeln, bleiben sie aus Sicht des Otto-Normal-Bürgers abstrakt. Das Ergebnis ist Frust und Misstrauen und diejenigen, die diese in politische Macht für sich umsetzen wollen, stehen gut organisiert und hoch motiviert bereit. Die Verantwortung, die die politischen Eliten in dieser Situation haben, ist immens. Die Kampagne um das britische Referendum hat gezeigt, wie mächtig politische Akteure sind, wenn sie bedingungslos (und auch weithin skrupellos) für eine Sache werben. Die Leave-Unterstützer haben eine Vision der Zukunft angeboten, die konkret genug war, eine Richtung anzubieten, aber diffus genug war, damit möglichst viele ihre Wünschen und Hoffnungen darauf projizieren konnten. Mit Kapitalmarktreformen und Bankenunionen baut man keine Visionen. Wenn aber Europas Verantwortungsträger es nicht schaffen, ein Bild davon zu entwickeln, wer wir sind und wohin wir gehen, wird es sehr schwer werden, die Bürger Europas auf diesem Weg mitzunehmen. Vor allem, wenn die Ergebnisse ausbleiben und die Frage „Und was hab ich davon?“ sich immer mehr Menschen aufdrängt.

# Methodik

---

**D**ieser Bericht liefert einen Überblick über eine im April 2016 durchgeführte Studie über die öffentliche Meinung in den 28 EU-Mitgliedsstaaten. Die hierin verwendeten Daten wurden von Dalia Research Berlin erhoben. Die Stichprobe mit der Größe n=10.992 wurde in den 28 EU-Mitgliedsstaaten

erhoben. Hierbei wurde die aktuelle Bevölkerungsverteilung mit Hinblick auf Alter (14–65 Jahre), Geschlecht, Region/Land berücksichtigt. Um repräsentative Ergebnisse zu erhalten, wurden die Daten anhand der aktuellsten Eurostat Statistiken gewichtet. Die hierbei verwendeten Variablen waren Alter, Geschlecht, Bildungsgrad (wie durch die ISCED (2011) Level 0-2, 3-4 und 5-8 definiert) sowie Urbanisierungsgrad (urbane und ländliche Bevölkerung). Ein iterativer Algorithmus wurde angewandt, um die optimale Kombination von Gewichtungsvariablen anhand der Verteilung der Stichprobe in jedem Land zu ermitteln. Eine Schätzung des allgemeinen Designeffekts, basierend auf der Verteilung der Gewichte wurde mit 1,43 berechnet. Für eine Zufallsstichprobe dieser Größe und unter Berücksichtigung des Designeffekts ergäbe sich eine Fehlergrenze (Margin of Error) von +/- 1,1 % bei einem Konfidenzniveau von 95%.



# Abbildungsverzeichnis

---

- Grafik 1 Einstellung zur politischen und wirtschaftlichen Integration Europas
- Grafik 2 Sind wirtschaftliche Reformen im Euroraum nötig?
- Grafik 3 Notwendigkeit von wirtschaftlichen Reformen im eigenen Land
- Grafik 4 Notwendigkeit von wirtschaftlichen Reformen im eigenen Land
- Grafik 5 Wahrnehmung des Euro
- Grafik 6 Wissen über die EU
- Grafik 7 Wissen über den Euroraum
- Grafik 8 Bekanntheitsgrad europäischer Politiker
- Grafik 9 Bekanntheitsgrad nationaler Politiker
- Grafik 10 Vertrautheit mit europäischen Wirtschaftsfachbegriffen
- Grafik 11 Nutzen eines europäischen Finanzministers
- Grafik 12 Nutzen eines europäischen Finanzministers
- Grafik 13 Gewünschte Kompetenzen eines europäischen Finanzministers
- Grafik 14 Gewünschte Kompetenzen eines europäischen Finanzministers
- Grafik 15 Wert eines zweckbestimmten Budgets für den Euroraum
- Grafik 16 Mögliche Mittelverwendung für das Euroraum-Budget
- Grafik 17 Mögliche Mittelverwendung für das Euroraum-Budget
- Grafik 18 Mehr politische und wirtschaftliche Integration?
- Grafik 19 Mehr politische und wirtschaftliche Integration?

## **Impressum**

© Dezember 2016  
Bertelsmann Stiftung

eupinions #2016/4  
**Ein europäischer Finanzminister mit eigenem Budget?**  
Die Reform des Euroraums und die öffentliche Meinung in Europa

ISSN: 2366-9519

Gestaltung:  
Lucid. Berlin

Coverillustration:  
Florian Bayer

Bertelsmann Stiftung  
Carl-Bertelsmann-Straße 256  
33311 Gütersloh  
Germany

Isabell Hoffmann  
[isabell.hoffmann@bertelsmann-stiftung.de](mailto:isabell.hoffmann@bertelsmann-stiftung.de)  
Phone +49 5241 8181 313

[www.eupinions.eu](http://www.eupinions.eu)

[www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)